

Stellungnahme der Grünliberalen Stadt Bern zur Kita-Initiative

Einleitung: Die viel zu kleine Anzahl an Plätzen in Kindertagesstätten in der Stadt Bern ist ein Problem (siehe Abschnitt 1). In diesem Punkt sind die Grünliberalen Stadt Bern einig mit den Initianten der SP (siehe Abschnitt 2). Allerdings ist ein rechtlich verankerter Anspruch der falsche Ansatz, um das ineffiziente und ungenügende System auf Vordermann zu bringen (siehe Abschnitt 3). Stattdessen gilt es, beim Bund ein Pilotprojekt zur Einführung von Betreuungsgutschriften einzureichen (siehe Abschnitt 4). Solange dies nicht geschieht, müssen andere Massnahmen zur kurzfristigen Entschärfung der Situation getroffen werden (siehe Abschnitt 5).

1. Aktuelle Situation

- Anfangs Juli startete die SP der Stadt Bern eine Initiative, mit der sie einen Anspruch auf einen Kita-Platz rechtlich verankern will. Sie greift damit die aktuelle Not vieler Eltern auf, welche mühevoll auf der Suche nach einem Betreuungsplatz für ihr Kind sind und dabei auf lange Wartelisten, unkoordinierte Auswahlverfahren, komplizierte Tarifsysteme und weitere Hürden stossen.
- In der Stadt Bern warten 750 Kinder auf einen Kita-Platz, aufgrund der Teilzeitbetreuung werden die tatsächlich fehlenden Plätze auf rund 200 geschätzt. Die hohe Zahl von 750 Wartenden muss indes mit Vorsicht genossen werden. Anmeldungen erfolgen dezentral bei der jeweiligen Betreuungseinrichtung und nur einmal jährlich führt die Stadt eine Listenbereinigung durch. Mehrfachnennungen und ein Verbleiben auf der Liste trotz erhaltenem Platz verfälschen die tatsächliche Zahl der Wartenden.
- Der Stadtrat hat im Vorfeld der Lancierung der Kita-Initiative eine SP-Motion gut geheissen, die einen jährlichen Ausbau von 60 neuen Plätzen fordert (2009: 80 Plätze).

2. Wir sind mit den Initianten einig in folgenden Anliegen:

- Es lohnt sich, staatliche Gelder in eine qualitativ gute Betreuung von Vorschulkindern zu investieren. Der volkswirtschaftliche Nutzen der familienergänzenden Kinderbetreuung ist längerfristig grösser als die Kosten der Kinderbetreuung¹.
- Momentan ist das Angebot zu klein, die Wartelisten sind zu lang und die Anzahl der Kita-Plätze muss erhöht werden.
- Dieser Ausbau soll innerhalb nützlicher Frist erfolgen.

¹ Kosten/Nutzen-Studie des BASS: Familienergänzende Kinderbetreuung generiert mehrfachen Nutzen. Es werden nicht nur die Elterneinkommen erhöht, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze in den Kitas geschaffen: Diese generieren der öffentlichen Hand Mehreinnahmen im Rahmen von zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen und zusätzlichen Steuereinnahmen. Nicht zuletzt werden durch die Möglichkeiten der familienergänzenden Betreuung Sozialhilfekosten eingespart. Das Verhältnis von Nutzen zu Kosten für die öffentliche Hand (Stadt, Kanton, Bund) wird vom Büro Bass kurzfristig auf 0.7 bis 1.1 und langfristig auf 1.0 bis 1.4 geschätzt. Langfristig soll also 40% mehr Ertrag an die öffentliche Hand zurückfliessen, als die Finanzierung der Kitas kostet.

3. Wir sind nicht einig mit dem vorgeschlagenen Vorgehen, insbesondere in diesen Punkten:

- Dass diese Ziele durch einen rechtlichen Anspruch gesichert werden.
- Die finanzielle Berechnung der zusätzlich zu schaffenden Plätze ist lückenhaft: Die Initianten rechnen mit nur 4 Mio. für die Schaffung der 200 zusätzlichen Plätze. Ein Rechtsanspruch führt aber dazu, dass auch Eltern von Kindern einen Platz beanspruchen werden, welche bis anhin noch kein Interesse angemeldet haben bzw. welche sich die Betreuung momentan anderweitig organisieren.
- Ein rechtlich verankerter Platz würde auch alle diejenigen unterstützen, welche ihre Kinder betreuen lassen wollen, obwohl sie selber nicht arbeiten. Dadurch erhöht sich der volkswirtschaftliche Nutzen nicht.
- Die SP spricht davon, dass sie den Eltern eine Sicherheit bieten will. Diese angebotene Staatssicherheit wird zusätzlich zu den Ausbaukosten ein ineffizientes System produzieren, welches eine Kostenexplosion bewirkt. Kitas werden ihre nicht besetzten Plätze mit hohem Betreuungsaufwand behalten, damit sie auf jede berechtigte Anfrage immer sofort reagieren können.
- Die Planungssicherheit für die Eltern schafft eine Planungsunsicherheit für die Kitas (bspw. wegen des Anspruchs auf einen beliebigen Umfang der zeitlichen Betreuung im gewünschten Stadtteil).
- Diese "Planwirtschaft" führt dazu, dass der Anteil an öffentlichen, kostenintensiveren Plätzen und der Verwaltungsaufwand weiterhin hoch bleiben. Eltern können nicht wählen, in welche Krippe sie ihr Kind schicken wollen.

4. Die Grünliberalen fordern stattdessen:

- Ein Pilotprojekt zur Umlagerung der Subventionen von den Anbietern zu den nachfragenden Eltern, mittels Vergabe von **Betreuungsgutscheinen**. Diese können dann für Betreuungsangebote ihrer Wahl eingesetzt werden (welche die gesetzlichen Qualitätsansprüche erfüllen).
- Die Förderung des **Wettbewerbs**, welcher privaten Initiativen zumindest die gleichen Chancen auf dem Markt ermöglicht.
- Der Bund finanziert im Rahmen seines Impulsprogrammes entsprechende **Pilotprojekte** zur Einführung von Betreuungsgutscheinen mit (max. 30% während max. 3 Jahren). Die Stadt Bern soll beim Bund ein entsprechendes Projekt einreichen.

Eigeninitiative und Wettbewerb:

- Einen Ausbau der Plätze, der auf der Eigeninitiative der Kitas aufbaut: Indem arbeitende Eltern Betreuungsgutscheine erhalten, entfällt die Unterscheidung von privaten und öffentlichen Kita-Plätzen. Die Gutscheine können auch für private Kita-Plätze sowie Tageseltern eingesetzt werden, welche mit der Stadt entsprechende Qualitätsvereinbarungen getroffen haben.
- Gleichlange Spiesse: Bisher sind private Krippenplätze nicht konkurrenzfähig mit den subventionierten öffentlichen Plätzen, obwohl sie vielfach kostengünstiger wären und dieselbe Qualität bieten.

Gezielte Finanzierung:

- Das Gesamtbudget der staatlichen Kinderbetreuung muss erhöht werden. Diese Investition lohnt sich längerfristig. Diese Investitionen sollen aber gezielt und volkswirtschaftlich gewinnbringend eingesetzt werden.

- Nur Eltern, die erwerbstätig (bzw. arbeitsunfähig) sind oder Eltern, mit denen Integrationsvereinbarungen getroffen wurden, sollen Gutscheine erhalten.
- Es gibt nur so viele Gutscheine, wie Gelder da sind. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, braucht es eine entsprechende Anpassung des Tarifsystems oder eine Budgeterhöhung. Damit ist Planungssicherheit gewährleistet.
- Kostenwahrheit: 80 Prozent der Kinder auf der Warteliste sind unter 2-jährig. Ein Kleinkind bis zu 12 Monaten beansprucht rund eineinhalb Mal so viel Betreuung als ein älteres Kind. Diese Kosten müssen die Kitas auch entsprechend verrechnen können.

Vorteile dieses Systems gegenüber der Forderung der Initianten:

- Eine individuelle Handhabung der staatlichen Gelder wird die Schaffung eines **effizienten und qualitativ hoch stehenden Angebots** bewirken, welches sich direkt an den Bedürfnissen der Eltern orientiert und nicht primär staatlichen Vorgaben genügen muss (beispielsweise: flexiblere Einsetzung von Personal, keine überzogenen Ansprüche betreffend Infrastruktur, keine überbeurteilten Liegenschaftskosten, Gruppenzusammenlegungen zu Randzeiten).
- Die **Unterteilung in private und städtische Plätze fällt weg**. Es entscheiden nicht die Behörden, welcher Platz nun mit Geldern der öffentlichen Hand unterstützt wird, sondern es entscheiden die Eltern.
- Es entsteht ein **Wettbewerb** mit entsprechenden Auswirkungen auf Qualität, Preis und Angebotsmenge.
- Für **private Anbieter** wird es attraktiver, Angebote zu schaffen, weil sie konkurrenzfähig werden.
- Die Stadt hat in der Hand, wie viel **Geld** sie für die familienergänzende Kinderbetreuung einsetzen will. Einer Defizitanhäufung aufgrund von unkontrollierbaren Rechtsansprüchen wird somit vorgebeugt.
- Gutscheine werden nur Eltern ausgestellt, die entweder beide **berufstätig** (bzw. berufsunfähig) oder alleinerziehend sind.
- Der **Verwaltungsaufwand** ist ungleich geringer.

6. Kurzfristige Verbesserungsmaßnahmen

Solange die Bestrebungen der Stadt nicht in die Richtung der Betreuungsgutscheine gehen, fordern wir folgende kurzfristige Verbesserungsmaßnahmen anstelle einer Gesetzesrevision:

- Die Stadt muss mehr Plätze von privaten Kitas beziehen. Diese sind momentan teilweise gar nicht ausgelastet. Häufig sind diese Plätze kostengünstiger als die öffentlichen. Statt nur ihre eigenen Kitas auszubauen, muss die Stadt entsprechende Ausbauinitiativen von Privaten unterstützen.

Bessere Koordination

- Das Informations- und Koordinationssystem der Stadt Bern muss massiv verbessert werden. Wie das Beispiel Nordwestschweiz zeigt² "verwandelte" sich nach der Einführung einer internetbasierten Koordinations-Plattform die Zahl von 400 wartenden Kindern in ein Überangebot von 54 Plätzen. Bereits jetzt existieren in der Stadt Bern freie Plätze privater Anbieter. Eine bessere Koordination würde eine bessere Ausnutzung auch des öffentlichen Angebots bedeuten.³

² siehe Bericht auf KISS Nordwestschweiz, <http://www.kinderbetreuung-schweiz.ch/?interfaceLanguage=1>

³ Beispielsweise sind die Randtage Montag und Freitag weniger begehrt. Eltern, die das wissen, sind allenfalls eher bereit, auf ein langes Wochenende als auf eine Betreuungsmöglichkeit zu verzichten.

- Ein weiteres Beispiel für das Verbesserungspotential ist das Anmeldeverfahren für die Kitas in der Stadt Bern. Dieses ist unbefriedigend und die Vergabe der Plätze intransparent. Die Priorisierung, welche die Eltern bei der Anmeldung angeben können, ist unsinnig. Eltern denken, dass sie die Möglichkeit auf alle frei werdenden Plätze haben und erst noch die bevorzugten angeben können. Faktisch werden aber fast nur Kinder berücksichtigt, die der betreffenden Kita erste Priorität eingeräumt haben. Eltern erhalten einen möglichen Kita-Platz nicht, weil sie die entsprechende Kita nicht als erste Priorität angegeben haben. Und Kitas, welche ihre Plätze ausbauen möchten, jedoch häufig als zweite oder dritte Priorität genannt werden, dürfen nicht ausbauen, obwohl sie über die notwendigen Kapazitäten verfügen. Eltern lassen ihre Kinder aber lieber in der Kita zweiter Priorität betreuen als gar nicht.⁴

Anpassung des Tarfsystems

- Das Tarfsystem muss angepasst werden. Der Anteil der Eigenfinanzierung für Eltern mit tiefen Einkommen ist momentan zu tief und derjenige für Eltern mit mittleren Einkommen zu hoch. Es gibt eine übermässige Belastung von Familien mit mehreren Kindern und von Familien, in denen beide Ehepartner arbeiten gehen. Mit dem heutigen Tarfsystem wird für den Mittelstand somit gerade nicht erreicht, dass für Frauen mit Kindern der Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtert wird.
- Wiedereinführung des Geschwisterrabatts. Eltern verdienen nicht mehr, nur weil sie 2 oder 3 Kinder haben, sie müssen aber für jedes Kind den vollen Betrag zahlen. Dieser übersteigt dann oft das zusätzlich generierte Einkommen.

Grünliberale Stadt Bern, 21. Juli 2008

⁴ Die zwei hängigen Postulate im Stadtrat betreffend Überarbeitung der Priorisierungspraxis und einer höheren Transparenz des Informationssystems (eingegangen 27.03.2008) zielen in die richtige Richtung, verbleiben aber insgesamt bei zu kleinen Anpassungen. Sinnvollerweise müssen Angebote aus der gesamten Agglomeration oder sogar des Kantons koordiniert werden. Die Entstehung einer "KISS-Plattform" für den Raum Bern ist erfreulicherweise im Gange und deren Eröffnung für Herbst 2008 angekündet..